

Senatsbeschlüsse

der 138. Sitzung des Senats

am 16.01.2018, 11:15 Uhr

3377.) Wahl der Schöffinnen / Schöffen und Jugendschöffinnen / Jugendschöffen für die Geschäftsjahre 2019 - 2023 (Vorlage 1800/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1800/19 die anliegende Allgemeine Verfügung über die Wahl der Schöffinnen / Schöffen und Jugendschöffinnen / Jugendschöffen für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023 und ihre Veröffentlichung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.
2. Der Senat bestellt gemäß Abschnitt 1 Nr. 8 der vorgenannten Allgemeinen Verfügung als beamtete Beisitzerinnen / Beisitzer

für den Wahlausschuss des Amtsgerichts Bremen

Frau Erika Pape-Post als Mitglied
- Abteilungsleiterin beim Senator für Inneres -

Frau Winnie Zajonz als Vertreter/in
- Personalcontroller in der Amtsleitung im Amt
für Soziale Dienste -

für den Wahlausschuss des Amtsgerichts Bremen-Blumenthal

Herrn Heiko Dornstedt als Mitglied
- Leiter des Ortsamts Vegesack -

Frau Brigitte Behrens als Vertreter/in
- Fachkoordinatorin Soziales in der Amtsleitung
im Amt für Soziale Dienste -

für den Wahlausschuss des Amtsgerichts Bremerhaven
auf Vorschlag des Magistrats der Stadt Bremerhaven

Frau Renate Gall-Behbehani als Mitglied
- Magistrat der Stadt Bremerhaven -

Frau Waltraud Schäfer-Albrecht als Vertreter/in
- Magistrat der Stadt Bremerhaven -

3. Der Senat beschließt gemäß Abschnitt 1 Nr. 7 der vorgenannten
Allgemeinen Verfügung die anliegende Mitteilung des Senats an die
Stadtbürgerschaft, mit der diese gebeten wird, je sieben Vertrauensleute
für die Wahlausschüsse des Amtsgerichts Bremen und des Amtsgerichts
Bremen-Blumenthal zu wählen.

3378.) Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches -
Strafbarkeit des Verbreitens und Verwendens von Propagandamitteln und
Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen bei Handlungen im
Ausland
hier: Mit Antragstellung des Landes Bremen
(Vorlage 1801/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1801/19 die
Mit Antragstellung des Landes Bremen bei der Wiedereinbringung des
Entwurfs eines ... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches –
Strafbarkeit des Verbreitens und Verwendens von Propagandamitteln und
Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen bei Handlungen im
Ausland – im Bundesrat.

3379.) "Ergebnis des Pflegestellen-Förderprogramms in Bremen"
(Anfrage der Fraktion der SPD - L 02)
(Vorlage 1802/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1802/19 die vorliegende Antwort der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 04.01.2018 auf die Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) der Fraktion der SPD „Ergebnis des Pflegestellen-Förderprogramms in Bremen“ vom 30.11.2017.

3380.) Transparenz auf dem Ausbildungsmarkt: Modellprojekt der Bundesagentur für Arbeit
(Vorlage 1803/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt die Vorlage „Transparenz auf dem Ausbildungsmarkt: Modellprojekt der Bundesagentur für Arbeit“ im Land Bremen zur Kenntnis.
2. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1803/19 die Mitteilung und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.
3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ der letzte Satz wie folgt gefasst wird: „Die Bedenken werden im weiteren Verfahren eingeführt.“

3381.) "Genitalverstümmelung von Frauen und Mädchen im Land Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1804/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1804/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
 - In der Antwort auf Frage 1 wird am Ende des ersten Absatzes der folgende Satz angefügt: „Der Senat geht davon aus, dass die Dunkelziffer insbesondere bei Frauen und Mädchen aus West-Afrika sehr hoch ist.“
 - Vor der Antwort auf Frage 3 wird folgender Satz eingefügt: „Die Frage wurde an das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Beantwortung weitergeleitet und entsprechend wie folgt beantwortet:“

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3382.) "Inobhutnahme von Minderjährigen"
(Anfrage der Gruppe BÜRGER IN WUT (BIW) - S 02)
(Vorlage 1805/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 10.01.2018)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 10.01.2018 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe BÜRGER IN WUT (BIW) in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3383.) Freistellung der Facility Management Bremen GmbH von der Anwendbarkeit des Public Corporate Governance Kodexes der Freien Hansestadt Bremen (Vorlage 1806/19)
-

Beschluss:

1. Die Facility Management Bremen GmbH wird entsprechend der Vorlage 1806/19 von der Anwendbarkeit des Public Corporate Governance Kodexes der Freien Hansestadt Bremen mit Wirkung zum 01.01.2018 freigestellt, solange keine wesentlichen Änderungen hinsichtlich Umfang und Aufgaben der Gesellschaft eintreten.
2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ der Satz durch die Worte „Nicht erforderlich“ ersetzt wird.

- 3384.) Entwurf einer Verordnung zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften (Vorlage 1807/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1807/19 den anliegenden Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Bremischen Urlaubsverordnung und bittet die Senatorin für Finanzen, diesen Entwurf

- a) gemäß § 53 Beamtenstatusgesetz und § 93 Bremisches Beamtengesetz, § 39a Richterrechtsgesetz den zu beteiligenden Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und
- b) entsprechend dem Beschluss der Konferenz Norddeutschland vom 11. April 2007 den Ländern Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Stellungnahme zuzuleiten.

- 3385.) "Wie überfordert ist die Hochschule für Öffentliche Verwaltung bei der Polizeiausbildung?"
(Große Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1808/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1808/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 05.12.2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme unter der Maßgabe, dass nach dem zweiten Satz der Antwort auf Frage 8 wie folgt ergänzt wird:

„Die Polizei Bremen eruiert z.Z. über ein Ausschreibungsverfahren, ob 20 qualifizierte Seiteneinsteiger gem. § 8 BremPolLV gewonnen werden können, die im Rahmen dieser 160 Einstellungen aufgenommen werden können (140 Direkteinsteiger_innen zur Polizeikommissaranwärterin oder -anwärter und 20 Seiteneinsteiger_innen).“

- 3386.) Verordnung über das Verbot des Führens von Waffen
(Vorlage 1809/19 und Neufassung der Anlage des Senators für Inneres)
-

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1809/19 den Entwurf einer Verordnung über das Verbot des Führens von Waffen sowie die Ausfertigung der Verordnung und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.
2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „E. Beteiligung und Abstimmung“
 - im ersten Satz die Worte „wurde eingeleitet“ ersetzt werden durch die Worte „ist erfolgt“.
 - der zweite Satz wie folgt gefasst wird: „ Die Deputation für Inneres stimmte in der Sitzung am 10.01.2018 der Verordnung zu.“

3387.) Landesprogramm Perspektive Arbeit: Öffentlich geförderte Beschäftigung für 500 Langzeitarbeitslose im Land Bremen (LAZLO) und Programm Perspektive Arbeit Saubere Stadt (PASS)
Finanzierung von Programmplätzen bei der Freien Hansestadt Bremen (Vorlage 1810/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1810/19 zur Kenntnis, dass in den Dienststellen der Freien Hansestadt Bremen (Land und der Stadtgemeinde) bis zu 100 Plätze im Rahmen der Landesprogramme „Perspektive Arbeit: Öffentlich geförderte Beschäftigung für 500 Langzeitarbeitslose im Land Bremen“ (LAZLO) und „Perspektive Arbeit Saubere Stadt (PASS)“ geschaffen werden.
2. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass durch die Performa Nord ein Pool von 20 Plätzen eingerichtet und bewirtschaftet wird, aus dem den Dienststellen Programmpersonal zur Verfügung gestellt wird.
3. Der Senat beschließt, dass die Finanzierung von 25 Prozent der Entgelte (Arbeitgeberanteil) dezentral erfolgt und für den Fall, dass die Ressortbudgets hierfür nicht ausreichen, die Senatorin für Finanzen bei der Abrechnung der Personalhaushalte am Jahresende einen Ausgleich sicherstellt und dass die Begleitung des Pools bei der Performa aus Programmmitteln erfolgt.
4. Der Senat bittet die Ressorts, welche Plätze einrichten, die Senatorin für Finanzen zu informieren und die haushalttechnische Umsetzung gemäß der Vorgaben der Senatorin für Finanzen vorzunehmen.
5. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die Vorgaben zur haushaltstechnischen Umsetzung zu konkretisieren und den Ressorts zu übermitteln.

6. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, den Haushalts- und Finanzausschuss (Land und Stadtgemeinde) zu informieren und die notwendigen Beschlüsse zu beantragen.
7. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „A. Problem“ im dritten Absatz, erster Satz die Worte „die Förderung sozialversicherungspflichtiger“ ersetzt werden durch die Worte „öffentlich geförderte“.

3388.) "Wie zuverlässig ist die NordWestBahn?"
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 03)
(Vorlage 1811/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1811/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu.

3389.) "Muss jeder Sturm zum Verkehrskollaps führen?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1812/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1812/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion CDU mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
 - In der Antwort auf Frage 2 wird im zweiten Absatz, erster Satz nach dem Wort „Baumbestand“ wie folgt ergänzt: „(Baumschaden und -ersatz sowie Personal- und Maschinenaufwand)“
 - In der Antwort auf Frage 12 wird im letzten Absatz, der vierte Satz wie folgt gefasst: „Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird gegenüber der DB Netz AG, dem niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung als auch dem zuständigen SPNV-

Aufgabenträger, der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen, für die zügige Umsetzung dieser Schutzmaßnahmen eintreten.“

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3390.) Personalentwicklungskonzept für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in den beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven
(Vorlage 1813/19 und Neufassung der Anlage)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1813/19 die Neufassung des Berichts zum Beschluss der Bremischen Bürgerschaft „Personalentwicklungskonzept für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in den beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven“ vom 05.04.2017 (Drucksache 19/842) und dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag).
2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „A. Problem“ und in der Mitteilung des Senats im ersten Satz das Datum „23. November 2017“ in „23. November 2016“ geändert wird.

3391.) Zustiftung des Grundstücks Beim Ohlenhof 10 an die in Gründung befindliche Helene Kaisen-Stiftung
(Vorlage 1814/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1814/19 der Zustiftung und Übertragung des Grundstücks „Beim Ohlenhof 10“ an die Nachbarschaftshaus Helene-Kaisen-Stiftung – vorbehaltlich einer Anerkennung der Stiftung durch den Senator für Inneres – zu.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen die Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Zustiftung und Übertragung des

Grundstückes „Beim Ohlenhof 10“ durch die Stadtgemeinde Bremen an die Nachbarschaftshaus Helene-Kaisen-Stiftung – vorbehaltlich einer Anerkennung der Stiftung durch den Senator für Inneres – einzuholen.

3. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen den Beirat Gröpelingen über die geplanten Zustiftung zeitnah zu unterrichten

3392.) "Straßenbahngleise versus Fernwärmeleitungen?"
(Anfrage der Fraktion der SPD - S 07)
(Vorlage 1815/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1815/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

3393.) Bericht über die Ergebnisse öffentlicher Unternehmen der Freien Hansestadt Bremen zum 30.09.2017
(Vorlage 1816/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1816/19 den Bericht über die Ergebnisse öffentlicher Unternehmen der Freien Hansestadt Bremen zum 30.09.2017 zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, den Bericht über die Ergebnisse öffentlicher Unternehmen der Freien Hansestadt Bremen zum 30.09.2017 dem Controllingausschuss zuzuleiten.
3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass der dritte Beschlussvorschlag ersatzlos gestrichen wird.

3394.) Kein Abriss der Schule Burgdamm (Petition S 19/256)
(Vorlage 1817/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1817/19 der Petition abzuhelpfen, indem auf den vollständigen Rückbau der bestehenden Bausubstanz verzichtet wird und bittet die Senatorin für Kinder und Bildung, gemeinsam mit Immobilien Bremen die Planungen für die Errichtung einer Kindertageseinrichtung am Standort der alten Dorfschule Burgdamm an die Vorgaben der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) zum Erhalt der historischen Bausubstanz bei gleichzeitig möglichst optimaler pädagogischer Nutzbarkeit anzupassen.
2. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1817/19 dem Entwurf einer schriftlichen Mitteilung an den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft zu.
3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass der zweite Beschlussvorschlag ersatzlos gestrichen wird.

3395.) Erneute Mit Antragstellung
Entwurf eines Gesetzes zur Gestaltung des Schienenpersonenfernverkehrs
(Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 12.01.2018)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 12.01.2018, die Mit Antragstellung des von Rheinland-Pfalz erneut beim Bundesrat einzubringenden „Entwurf eines Gesetzes zur Gestaltung des Schienenpersonenfernverkehrs“ aufrechtzuerhalten.

3396.) "Mehrkosten für den Hafentunnel in Bremerhaven"
(Kleine Anfrage der Fraktionen der CDU und der FDP)
(Tischvorlage des Senator für Umwelt, Bau und Verkehr vom 15.01.2018)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 15.01.2018 die Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktionen der CDU und der FDP vom 07.12. 2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme unter der Maßgabe folgender Änderungen:

- Unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ werden im ersten Satz nach dem Wort „Bremerhaven“ die Worte „,der Senatskanzlei, der Senatorin für Finanzen und dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen“ ergänzt sowie der zweite Satz ersatzlos gestrichen.
- In der Antwort auf Frage 9 werden im ersten Satz nach dem Wort „Verkehr“ die Worte „und dem Aufsichtsrat der BIS“ eingefügt.